

21./III. 1917

Von schweizerischer Wirtschaftspolitik.

Zürich, Mitte März.

Der verschärfte Unterseebootkrieg und die erweiterte englische Blockade, das deutsche und das englische Einfuhrverbot stellen die Schweiz vor die Lösung schwieriger Fragen. Sie muß auf der einen Seite dafür sorgen, daß die Einschränkung der Zufuhrsmöglichkeiten über ein erträgliches Maß nicht hinausgeht, auf der andern Seite erwächst ihr die heute überaus schwierige Aufgabe, den Markt für den Absatz ihrer industriellen Erzeugnisse einigermaßen offen zu behalten. Da die Schweiz sowohl in ihrer Einfuhr wie in ihrer industriellen Ausfuhr in starkem Maße auf das Ausland angewiesen ist, das Ausland aber seine eignen Notwendigkeiten heute in den Vordergrund rücken muß, sind die Schwierigkeiten der schweizerischen Wirtschaftslage zwanglos zu erkennen, und es ist eigentlich erstaunlich und zeugt für ungewöhnliche wirtschaftliche Anpassungsfähigkeit, daß die Schweiz bisher ohne zu große Schädigung darüber hinwegkam. Heute freilich sind die Bedrohungen schärfer denn je, und es ist sehr fraglich, ob einzelne Industrien ohne schwere Erschütterungen aus der jetzigen Krisis hervorgehen können. Mehrere Industrien, darunter solche, die wie die Stickerei-Industrie für große Teile der Schweiz Lebens-Industrien sind, leiden unter zweifachem Anprall: die Einfuhr der Rohstoffe wird täglich schwieriger, die Ausfuhr täglich mühsamer und immer mehr durch das Bedürfnis der kriegsführenden Staaten, alles Entbehrliche von den Grenzen fernzuhalten, eingeschränkt. Das führt dazu, daß Hunderte von Betrieben eingeschränkt oder eingestellt, Tausende von Arbeitern brotlos werden. Diese Entwicklung hat jetzt mit Schärfe eingesetzt und wird kaum in den nächsten Monaten zurückgedrängt werden können.

Es ist selbstverständlich, daß die schweizerischen Behörden alles tun, um Erleichterungen für die Ausfuhr zu erhalten. Solche sind auch bereits von deutscher Seite in starkem Maße zugestanden worden; ob sie auch von englischer Seite zu erlangen sind, bleibt abzuwarten. Im übrigen aber mühen sich die schweizerischen Behörden in besonderer Weise um die Verbesserung der Zufuhrverhältnisse, um der Verteuerung der notwendigen Bedarfsartikel wirksam begegnen und die zusammengeschmolzenen Vorräte an unentbehrlichen Lebensmitteln wieder stärken zu können. Man hat vieles versucht, um beispielsweise den Hafen von Cette durch Heranziehung anderer Mittelmeerhäfen zu entlasten, bisher ohne Erfolg; Cette ist der einzige Hafen, der bis jetzt für die schweizerische Einfuhr in starkem Maße in Betracht kommt. Eifrig wurden die Bemühungen fortgesetzt, um den Basler Rheinhafen für die Zufuhr wieder voll verwenden zu können, und es wird hier mit Genugtuung vermerkt, daß die deutsch-schweizerischen Besprechungen in dieser Frage nach verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer Verständigung führten, die wohl bald praktische Folgen haben wird. Es wird dabei anerkannt, daß die deutsche Regierung den Wünschen der Stadt Basel im besondern und den schweizerischen Wünschen im allgemeinen entsprochen hat, soweit es ihr die eignen militärischen Notwendigkeiten gestatteten. Wird die Rheinstraße schon im März dem Verkehr wieder voll zur Verfügung stehen, so wird das sofort an der erhöhten Einfuhr der Kohle festzustellen sein. Darüber hinaus hofft man immer noch darauf, daß die Rheinstraße in Rotterdam durch überseeische Zufuhrmöglichkeiten ihre Ergänzung finde. Deutschland hat auch in dieser Hinsicht Entgegenkommen für den Fall, daß der Schweiz ein holländischer Hafen zur Verfügung gestellt werde, zugesichert; bedauerlicherweise sind die Bemühungen, England zur Aufhebung der Blockade zugunsten der Schweiz für einen bestimmten holländischen Hafen zu veranlassen, bisher erfolglos geblieben. Für die Schweiz ist das eine empfindliche Schädigung; sie wird dadurch gezwungen, die Zufuhren aus Frankreich unter ungemeinen Schwierigkeiten auf das Höchstmögliche zu bringen, während die Rheinstraße nicht so ausgenützt werden kann, wie es bei der Freigabe eines holländischen Hafens möglich wäre.

Im Zusammenhang mit diesen Fragen, wenn auch etwas ferner weg, steht die Frage der Schaffung einer schweizerischen Handelsmarine, die gegenwärtig in der schweizerischen Öffentlichkeit lebhaft erörtert wird. Vor einiger Zeit wurde in Genf eine Gesellschaft mit 25 000 Franken Kapital gegründet, die sich die Prüfung dieser Frage zum Ziel setzt. Zweckmäßiger wird diese Prüfung freilich von dem neugeschaffenen schweizerischen Transportamt vorgenommen werden; bei der Genfer Gesellschaft wirken verschiedene Umstände zusammen, daß ihr Mißtrauen entgegengebracht wird. Bereits haben in dieser Frage zwischen den zuständigen amtlichen und privaten Kreisen Besprechungen stattgefunden. Schon bisher wurde die Einfuhr der edgenössischen Monopolwaren auf vom Bunde gemieteten Schiffen besorgt, während die Privatindustrie sich der Schiffe fremder Schiffsahrtsgesellschaften bedienen mußte. Das wird nun immer schwieriger, anderseits muß damit gerechnet werden, daß nach Friedensschluß die Jagd nach dem Schiffsraum mit voller Schärfe einsetzen wird. Es wird nun in der Schweiz erwogen, ob nicht auch für den privaten Handel Schiffe durch den Bund gemietet werden sollen; man nimmt auch den Ankauf von Schiffen in Aussicht und prüft die Möglichkeit des Baues von schweizerischen Schiffen auf amerikanischen Werften. Der Führung einer schweizerischen Handelsflotte auf dem Meere steht man nach wie vor mit starker Zurückhaltung gegenüber. Vorläufig scheinen die Bedenken gegen die Schaffung einer schweizerischen Handelsflotte die Vorteile zu überwiegen: man betont, daß die Schweiz jetzt die Schiffe sehr teuer kaufen müßte, weist darauf hin, daß die Schweiz eine neue Abhängigkeit vom Ausland schaffen würde, betont die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung, des Feuermens der Mannschaft usw.

In der innern Wirtschaftspolitik steht die Einschränkung der Lebenshaltung und die Stärkung der landwirtschaftlichen Erzeugung im Vordergrund. Der Bundesrat hat in dieser Hinsicht Beschlüsse gefaßt, die stark in das friedliche, vom Krieg unberührte Leben des schweizerischen Volkes eingreifen, die aber willig ertragen werden, weil ihre Notwendigkeit eingesehen wird. Sie reichen ja auch in keiner Weise an das heran, was dieser Krieg den kriegsführenden Völkern an Opfern auferlegt.